

„Arm, aber nicht käuflich“

Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert lehnt Steuerabkommen mit der Schweiz ab

Das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz wurde im Oktober im Bundestag beschlossen. Nun wird es wegen der fehlenden Zustimmung der SPD-geführten Länder Ende November im Bundesrat voraussichtlich scheitern. Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) warb gestern in der Bremer Landesvertretung in Berlin für die Haltung des Bremer Senats gegen das Abkommen – Andrea Tiedemann hat mit ihr gesprochen.

Sie haben angekündigt, dem Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat nicht zuzustimmen. Wie sieht Ihre Alternativlösung aus?

Karoline Linnert: Das Abkommen wurde von Herrn Schäuble ohne Abstimmung mit den Ländern ausgehandelt und ist schlecht. Weil dieses Abkommen aber Rechtsgeschichte schreiben wird, habe ich jetzt sofort keine Alternative. Die Bundesregierung hat ja nur dieses ausgehandelt und ich selber habe keines in der Tasche. Ich bin aber sicher, dass der politische und rechtliche Flurschaden, der entsteht, wenn das Abkommen angenommen würde, viel größer wäre als die Probleme, die entstehen, wenn wir das Abkommen ablehnen. Das ist eine Güterabwägung. Natürlich ist es ärgerlich, dass man nicht so schnell Ersatz hat, aber das ist trotzdem besser als ein ganz schlechtes Abkommen.

Was ist aus Ihrer Sicht so schlecht daran?
Das Abkommen hat eine ganze Reihe Ha-

ken und Ösen. Am Ende stellt es Steuerhinterzieher besser als diejenige, die ihre Steuern gesetzestreu bezahlt haben. Das unterminiert die Steuermoral in Deutschland. Außerdem sind wir auf europäischer Ebene recht weit fortgeschritten mit der Zinsrichtlinie. Da gibt es bereits Absprachen, wie viel Transparenz es geben soll. Das Steuerabkommen ist deutlich schlechter als das, was dort – derzeit von Luxemburg und Österreich blockiert – ausgehandelt wurde. Wenn man politisch zulässt, dass Dumping-Lösungen verabredet werden, dann macht man künftige, viel bessere Regeln auf europäischer Ebene kaputt.

Je länger sich die Einigung hinzieht, desto mehr Fälle von Steuerflucht verjähren. Kann sich Bremen leisten, auf dieses Geld zu verzichten?

Wir sind arm, aber nicht käuflich. Es ist nicht so, dass wir so arm sind, dass wir jeden Unsinn machen müssen – Hauptsache, es fließt Geld. So schlimm ist es nicht. Wir sind ein vollwertiges Bundesland. Die garantierten zwei Milliarden Euro, um die es geht, bedeuten einmalig 20 Millionen Euro für Bremen. Wir haben aber durch Selbstanzeigen und auch ertappte Steuerhinterzieher – das übrigens auch durch den Ankauf der Steuer-

CDs – höhere Einnahmen als diese 20 Millionen Euro erzielt. Dass von Jahr zu Jahr immer mehr Fälle verjähren, ist übel. Daraus ziehe ich aber nicht die Konsequenz, etwas zu machen, was rechtsstaatlich problematisch und politisch nicht klug ist.

Was machen Sie in Bremen, um Steuergerechtigkeit herzustellen? Ein Sprecher des Finanzamtes in Bremen hat gesagt, es fehlen dort Mitarbeiter. Spart Bremen an der falschen Stelle?

Bremen spart überall da, wo es irgendwie geht. Wir kennen Vergleiche der personellen Ausstattung der Finanzämter der Bundesländer – da liegt Bremen in der Tat im unteren Drittel. Auf der anderen Seite haben wir als Stadtstaat auch besondere Möglichkeiten, unsere Steuerverwaltung zu organisieren und für einen schlanken Ablauf zu sorgen. Wir haben eine Menge investiert in eine bessere IT-Ausstattung. Bei der Steuerverwaltung ist aber sicher wie überall: Mehr Polizisten, mehr Lehrer und mehr Steuerbeamte sind besser als wenige. Wir müssen aber einen Ausgleich herstellen zwischen unserer Finanzlage und dem, wie viel Mitarbeiter wir uns leisten können. Den Weg, den wir in Bremen gehen, halte ich für verantwortlich.

Karoline Linnert

FOTO: KOCH